

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Preis: für den Monat frei Haus 2 RM (Halbmonatlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21 / Verlagsstelle und Expedition: Osterbachstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 533, Emil Schlegel-Schillingsstr. Dresden-21, Osterbachstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreizehnbaltigen Textteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-21, Osterbachstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Donnerstag, den 2. September 1926

Nummer 193

Ein Moskew-Erlaß Geberings

Der amtliche „Preussische Pressedienst“ veröffentlicht folgenden neuen Rundverlaß des sozialdemokratischen preussischen Innenministers Gebering:

Ungeachtet des Rundverlasses des Ministers des Innern vom 26. Mai 1925 haben sich in letzter Zeit Terrorakte, insbesondere Meuchelmorde einzelner radikaler Gruppen auf politisch Andersdenkenden, in bedenklichster Weise gehäuft. Bei zahlreichen politischen Zusammenkünften, namentlich bei Demonstrationen und Versammlungen, wird die meist ohnehin erzeugte Stimmung der Demonstranten wie der übrigen Bevölkerung durch Mißführung von Redaktionen und Transparenten mit aufreizenden Aufschriften, sowie von allegorischen oder symbolischen Darstellungen in besonders verwerflicher Art absichtlich gesteigert.

Der Minister des Innern hat deshalb einen Rundverlaß (Nr. 6. 1926) an alle Landes- und Ortspolizeibehörden gerichtet, in dem die Erfolge werden, gegen alle Terrorakte, Meuchelmorde und Angriffe in jedem Fall mit Entschlossenheit und Kadenz einzuschreiten. Die Schuligen sind festzunehmen und der Bestrafung auszuführen. Waffen und gefährliche Werkzeuge sind beschlagnahmen und demnächst zu beschlagnahmen. In ihrer Erlaubnis werden möglichst zeitliche und häufige Durchsuchungen der bei Umzügen u. a. verwendeten Lastkraftwagen erfolgen. Das Mitführen von Plakaten, Schildern oder ähnlichen Darstellungen der beschriebenen Art ist zum mindesten als grober Unfug anzusehen, sofern nicht der Tatbestand von §§ 110, 111, 130, 166, 185 ff. StGB oder gar des § 4 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutz der Republik erfüllt ist. In Beachtung solcher strafbarer Handlungen muß nach Möglichkeit vorgebeugt werden. Sachgemäße Unterbringung und Aufsicht während der Vorarbeiten wird in den nächsten Tagen ausreichen, um Störungen der öffentlichen Ordnung zu verhindern.

Zudem wird eine weitere polizeiliche Maßnahme auf dem Gebiet der Verhütung der Verhinderung von Zusammenkünften für die Verhinderung von Zusammenkünften erlassen. Bei dieser Maßnahme vorgegebene strafrechtswidrige Schilder, Plakate oder Darstellungen sind — soweit erforderlich — sofort zu zerstören. Sollten trotz aller Vorbeugungsmaßnahmen dennoch strafrechtswidrige Schilder in einem Räume herausgetragen oder bei einer öffentlichen Versammlung unter irgend einem Vorwand ausgelegt werden, so sind sie weggenommen und demnächst zu beschlagnahmen.

Solche Verhinderungen ungeachtet der wiederholten Warnungen ihr ständiges Treiben durch Verhinderung oder ähnliche Maßnahmen — und zwar unter Umständen auch nur seitens einzelner Mitglieder — fortzusetzen versuchen, ist die sofortige Zerschlagung der betreffenden Ortsgruppe auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen. Darüber hinaus muß der Minister, ihm über jeden Fall einer solchen Aufreißerzeugung zu berichten, damit die Frage geprüft werden kann, ob etwa die Verhinderung in ihrer Gesamtheit aufzuheben ist.

Gebering legt seine unerhörten Provokationen gegen die Arbeiterklasse fort. Erst vor wenigen Tagen teilte sie mit, daß Gebering mit Zustimmung der Reichsregierung die Ortsgruppe Hindenburg des Roten Frontkämpferbundes wegen fadenheimgewandter Gründe aufgelöst hat. In der gleichen Linie liegt das Verbot des Roten Tages in Essen-Streith und der Rundverlaß an die Polizeibehörden des Reiches Schupo anlässlich der letzten Demonstrationen im Westen. Es wird immer offensichtlicher, daß es die Absicht ist, die letzten politischen Rechte der Arbeiterklasse zu rauben. Der planmäßige Hohn, die seit Wochen von der Reichsregierung gegen die KPD und den Roten Frontkämpferbund getrieben wird, soll Rechnung getragen werden.

Der Sozialdemokrat Gebering bezieht sich, den Nachweis zu erbringen, daß er mit den Methoden der Niedertrümpfung der Arbeiter hinter dem Vorwand Koskes nicht zurücksteht. Es ist ganz klar, daß die Anweisungen Geberings in diesem Rundverlaß von den monarchistischen Offizieren der Schupo nur gegen die Arbeiter Anwendung finden. Der beste Beweis dafür sind die blutigen Polizeiaten gegen die Berliner Arbeiterklasse. Dieser Rundverlaß überläßt es den reaktionären Polizeibehörden, darüber zu entscheiden, was „grober Unfug“ ist. Was die Polizeibehörden aus dieser Anweisung machen, weiß jeder Arbeiter und ist durch genügend Tatsachen bewiesen.

Dieser Polizeierlaß Geberings ist geboren aus der Furcht der herrschenden Klasse über das Wachsen und Erstarben der roten Einheitsfront. Mit Schrecken hat die deutsche Bourgeoisie gesehen, daß sich unter Führung der kommunistischen Partei 14 1/2 Millionen für entschädigungslose Enteignung des Fürstentums ausgesprochen haben. Es ist der Bourgeoisie und den sozialdemokratischen Führern nicht gelungen, trotzdem sie nichts unversucht gelassen haben, diese Front zu sprengen. Die Massen des werktätigen Volkes sehen, daß die kommunistische Partei als einzige Partei für die Erwerblosen kämpft und den Widerstand gegen die Unternehmenseigenen organisiert. Die Bourgeoisie erkennt, daß die kommunistische Partei die Imperialisten ausbeutet und die stärkste Korruption der Justiz und der kapitalistischen Staatsmachterie offenbaren. Sie fürchtet die Zusammenfassung aller Kräfte der Ausbeutenden zum Kampf gegen dieses Regime. Sie ist deshalb bestrebt, eine Erhöhung der Kampfkraft des werktätigen Volkes durch die unermüdete Arbeit der kommunistischen Partei zu verhindern und ist deshalb mit den härtesten Terrormaßnahmen ein. Schon seit Wochen verlangen die führenden Köpfe der Bourgeoisie nicht nur das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, sondern auch das Verbot der kommunistischen Partei. Mit den Anweisungen Geberings soll das Material gesammelt werden, um diesen unerhörten Vorstoß gegen das Klassenbewußte Proletariat zu begründen. Gebering und die sozialdemokratischen Hausgenossen der Bourgeoisie bestreben sich, die Befehle ihrer Koalitionsfreunde zu polizeilichen. So wie Gebering in Preußen, so Max Müller in Sachsen. Der Renegat Kühn hat mit dem Verbot der Antikriegsdemonstration erst letzten im Beweis erbracht, daß auch er bereit ist, den Monarchisten Vorstoß zu leisten. Die Arbeiterklasse muß gegen diesen Gewaltakt der herrschenden Klasse rücken und sich dabei bemühen, daß die sozialdemokratischen Führer bei seiner Durchführung in jeder Weise beifällig sein werden. Sie haben es nicht nur unter Moskew bewiesen, sondern bewiesen es, wie Gebering in Preußen, nach jedem Tag. Die Klassenbewusste Arbeiterklasse muß diesem Unschlag entschlossen entgegenreten. Die proletarische Antwort auf diesen Moskew-Erlaß muß sein: Stärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse durch festen Zusammenhalt aller Werktätigen in der Roten Front. Die Berliner Arbeiterklasse wird gegen diesen Schandverlaß in gewaltigen Aufmärschen demonstrieren. Darüber hinaus muß in ganz Deutschland die Arbeiterklasse auf diesen reaktionären Unschlag antworten und trotz aller Lügen, aller Provokationen und Terrormaßnahmen die Front schließen. Auf dem beschriebenen Wege gilt es, unter Führung der kommunistischen Partei voranzumarschieren und den Kontrakt der Werktätigen vorzubereiten.

Primo de Riberas imperialistische Politik

Trotz der Verhandlungen und Konferenzen, die in Paris zwischen den französischen und spanischen Delegierten stattgefunden haben, um die zukünftige Politik in der Marokkofrage zu diskutieren, ist dieses Problem infolge des spanisch-italienischen Vertrages, der von den Diktatoren Salas und Spantens schon unterzeichnet ist, und auf Grund der kürzlich erschienenen Erklärung Primo de Riberas über Tanger, die in der spanischen Zeitung „ABC“ am 14. August veröffentlicht wurden, von neuem akut geworden. Es steht außer Zweifel, die alte Gegensatzstellung zwischen Frankreich und Spanien in Marokko dauert trotz aller Freundschaftscommuniqués weiter an.

Der Vertrag von Madrid, der von Primo de Riberas und Mussolini unterzeichnet wurde, ist die Bewirkung der Politik, die im Jahre 1923 von dem damaligen Minister des Reichens, Santiago Alba, begonnen wurde. Damals war das Verhältnis Spaniens zu Frankreich sehr gespannt. Deshalb schloß Alba eine neue Politik der Annäherung an Italien, und deshalb plante er auch den Verkauf des spanischen Königs in Italien. Die Absichten Frankreichs auf Tanger mußten gestört werden. Das waren die Pläne Albas.

Diese Politik mußte jedoch im April 1924 wegen des Angriffes der Rifstämme aufgegeben werden. Primo de Riberas Regierung war gezwungen, ein Kriegsbündnis mit Frankreich abzuschließen, da sie außerstande war, die Angriffe mit eigenen Mitteln abzuwehren. Aber dieses Bündnis bedeutete keineswegs eine Politik der Freundschaft gegenüber Frankreich. Das Ministerteam konnte eine wirkliche Freundschaft zu Frankreich nicht auskommen lassen, da die spanische Armee dagegen war.

Der Vertrag von Madrid ist trotz der Erklärung des spanischen Außenministers, die er dem Korrespondenten der „Times“ und des „Temps“ gegeben hat, wonach dieser Vertrag keine aggressiven Absichten bezwecke, natürlich zum Zweck einer durchaus imperialistischen Politik abgeschlossen worden. Seine Bedeutung ist kein Geheimnis, wie die „Times“ meinten. Gleichzeitig mit der Unterzeichnung des Vertrages von Madrid zwischen Italien und Spanien hat Primo de Riberas einem Redakteur des „ABC“ gegenüber sehr imperialistische Töne über das Tangerproblem angeschlagen. Er führt sich als triumphierender Eroberer und bedroht jetzt Frankreich und in der Hauptsache England.

Primo de Riberas erklärt, daß Europa nicht eher eine Lösung des Tangerproblems sehen wird, das gefährlicher als je den europäischen Frieden bedroht, bevor nicht die europäischen Regierungen die spanischen Rechte auf Tanger anerkennen und die Regierung und die Verwaltung der internationalen Zone von Tanger an Spanien übertragen.

Die spanischen Nationalisten und ihre offizielle Organisation, die „Africanische Liga“ („Liga Africana“) haben folgenden politischen Entwurf: Spanien, das ein englisches Gibraltar erdulden muß, darf nicht erlauben, daß durch ein schwaches Auftreten Spaniens gegenüber anderen Nationen ein anderes Gibraltar, ein französisches Gibraltar, im Rücken seiner Protektorzone im Rif, sowie ein anderes englisches Gibraltar in Tanger gebildet wird. Solange der Krieg die spanischen und französischen Armeen dazu benötigt, zusammenzuarbeiten und eine einheitliche Kampagne zu führen, trat die nationalpolitische Frage in den Hintergrund; aber man hatte den Kompensationsvorschlag Langer für Gibraltar nicht vergessen. Nun, da die Kriegssituation in den Hintergrund getreten ist, tauchen sofort die imperialistischen Pläne wieder auf. Vor einigen Wochen schrieb die „Correspondencia Militar“, daß das afrikanische Problem für Spanien im günstigen Sinne gelöst werden wird und in naher Zukunft eine neue andalusische Provinz an der afrikanischen Küste mit Gibraltar, das endlich wieder an Spanien fallen wird, gebildet werden wird.

Primo de Riberas legt ein politisches Programm in die Praxis um, das er selbst „internationale Politik“ nennt. Die drei Hauptforderungen, die von den spanischen Nationalisten am Schluß des vorigen Jahrhunderts aufgestellt wurden, nämlich: die Herrschaft über Nordafrika, zweitens ein Bündnis mit Portugal und drittens ein spanisch-kolumbianischer Block sind vom Direktorium Primo de Riberas aufgenommen worden und bilden jetzt die drei Hauptpunkte seines Programms. Es wurden bereits Versuche, den spanisch-kolumbianischen Block in die Wege zu leiten, gemacht.

Auch die öffentliche Rede, die König Alfonso in Palas anlässlich des Fluges der Luftkette von Palas (einem kleinen Hafen, von dem aus Columbus nach der neuen Welt segelte), nach Buenos Aires, gehalten hat, zeigte einen solchen imperialistischen Ton, daß die Zensur der Presse verboten, die Worte des Königs zu veröffentlichen. Die Gegnerschaft der süd- und zentral-amerikanischen Republiken gegen die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten, die von Tag zu Tag stärker wird, wird von Primo de Riberas zugunsten seiner Politik ausgenutzt.

Die ganze Politik der spanischen Monarchie wird von dieser imperialistischen Tendenz bestimmt; daher auch die unangenehme Haltung in Genf in der Frage des schwebenden Rates im Völkerbund. Spanien will einen Bruch mit dem Völkerbund herbeiführen, denn sein Ziel ist ein spanisch-kolumbianischer Block. Die Kapitulation Abd el Krims und der Vorkrieg der französischen und spanischen Truppen im Rifgebiet haben die imperialistischen Ziele, die sich die spanische Monarchie seit den ersten Tagen des letzten Jahrhunderts gestellt hat, wieder aufleben lassen. Primo de Riberas hält die militärische Diktatur für hart genug, diese Politik erfolgreich durchzuführen. Er selbst hält sich für einen weltlichen Nachfolger der glorreichen Eroberer der spanischen Geschichte. Spanien macht jetzt die härteste nationalpolitische Probe der letzten Wochen durch. Seit dem Kolonialkrieg von 1898, seit der Unabhängigkeitserklärung Kubas und der Philippinen und seit der Niederlage im Krieg mit den Vereinigten Staaten war die spanische Monarchie nicht hart genug, weitere imperialistische Ziele zu verfolgen. Nur

Der SPD-Parteivorstand mit Herz und Seele bei den 23

Der Ausschluß des Renegaten Casan aus der SPD abgelehnt

Der „Volkstaat“, das Organ der Dreilindswanzig, berichtet gestern triumphierend, daß der Renegat Casan, der bei dem Parteivorstand gegen seinen Ausschluß aus der SPD Einspruch erhoben hätte, durch die Entscheidung eines Schiedsgerichts „gerichtet“ worden ist. Das Schiedsgericht, das gegen ihn eingeleitet worden war und das unter dem Vorsitz des Parteivorstands als „Arbeitsrat“ heraufbeschworen wurde, hat in Casan, Köln, tagte, verkündete, daß Casan in der Partei verbleiben müsse und der Ausschluß „ungerechtfertigt“ sei. Der Vertreter des Parteivorstands hat nach dem Bericht im „Volkstaat“ den Ausschluß gegeben und sich bei Stimmenmehrheit der Mitglieder für die Rehabilitierung des Renegaten Casan entschieden. Damit ist wieder einmal eine Probe aufs Exempel gemacht worden, und den sozialdemokratischen Arbeitern wird erneut mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt, daß die Sympathien des Parteivorstands bei den Dreilindswanzig sind, denen durch die Entscheidung des Schiedsgerichts erneut bestätigt wurde, daß sie würdig sind, in der Partei zu verbleiben. Der „Volkstaat“ bezeichnet das Urteil des Schiedsgerichts als die „Rehabilitierung der Politik der Dreilindswanzig und ihrer Spaltungsarbeit“.

Man darf gespannt sein, wie sich nun die linken Führer zu dieser neuen Diktate, die ihnen der Parteivorstand verleiht, verhalten werden. Für die Arbeiter jedoch ist es wiederum ein Beweis, daß der Parteivorstand, den die Linken immer und immer wieder für sich reklamieren, mit Herz und Seele bei den 23 Renegaten steht.

Der Ruhrschiedspruch verbindlich

Wie das Wolffsche Telegraphen-Bureau mitteilt, ist der Schiedspruch vom 27. August auf Antrag des Bergarbeiterverbände und des Reichsarbeitsministers für verbindlich erklärt worden.

Was wir bereits gestern ankündigten, ist eingetreten. Durch die Verbindlichkeitsklärung sind die Löhne der deutschen Bergarbeiter, die um lumpige 4 Prozent erhöht werden, bis zum April nächsten Jahres festgelegt. Das Reichsarbeitsministerium kommt mit dieser Verbindlichkeitsklärung nicht nur den Grundbesitzern des Ruhrgebietes zu Hilfe, sondern trägt damit auch den Führern des Bergarbeiterverbandes Rechnung, die über den Kopf der Kampfs hinarweg sich bereits vorher für die Annahme dieses schändlichen Spruches erklärt haben. Unter Hinweis auf die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches demontieren nunmehr die Bergarbeiterführer den Kampf der Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu verhindern zu können. Durch diesen offenen Verrat an den Interessen der deutschen Bergarbeiter werden nicht nur die Interessen der deutschen Unternehmer durch die Lieferung von Streikschereforbie gelindert, sondern es wird auch gleichzeitig damit gegen die Front der englischen Bergarbeiter ein schwerer Schlag geführt. Die Taktik der Reformisten schwört den gemeinsamen Kampf der englischen und der deutschen Grubenarbeiter. In diesen Tagen wird sich zeigen, ob das Proletariat des Ruhrgebietes sich aufrufen läßt, trotz aller Sabotage und des Verrates der reformistischen Führer. Die Einstellung aller Überlebenden und die Ausdauer nach 7 Stunden muß der erste Schritt zur Fortführung des Kampfes sein.

ehre
e
un, in die
Trinklagen
dann
renochtr.
draubenstr.
ch +
miiwaren
sch
PORNZ LOPENZ
Bionel
trieb
ecker
ontalwaren
chnitt
artikel
wars
ensche Gasse
ke Reiew. Str.
rhandlung
tofer
Pinsel
er Systeme
stipien
weig
bflug
rosse 37
ng
andzige
ppel
ubert
strophe
Konjerven
abofwaren
ans
alk
urftwaren
straße 10
Kaffee
sino
artikel
iner Str. 102
rhard
Inbäderei
straße 5
Brehdeie
AREN
KTION
nn
e-Lager
s
it der beste
nk
OLD
eret
waren
och
Am Huhhaus
ak. En detail
hlich
Pietzsch
malwaren
unwaren